

DL21

#leftlessons

#leftlessons Nr.2 – Vorbereitung

Daseinsvorsorge in einem emanzipatorischen Sozialstaat: Wegbereitung für ein solidarisches Gemeinwesen

*„Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.“
(Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007, S. 16.)*

Nach der ersten #LeftLesson mit Gesine Schwan, bei der wir uns allgemein mit der Bedeutung des Begriffs Demokratischer Sozialismus für die Sozialdemokratie auseinandergesetzt haben, wollen wir die notwendige Veränderung des Sozialstaats diskutieren. Wir orientieren uns dabei an folgenden Fragen:

- Auf welchem Menschenbild beruht ein demokratisch-sozialistisches / ein neoliberales Sozialstaatsverständnis?
- Welche Rolle nimmt der Staat für jede/n Einzelnen ein? Welche sozialen Rechte müssen verwirklicht werden?
- Wie ist die Verteilungswirkung in einem Staat mit unterschiedlichem Sozialstaatsverständnis?
- Welche Art der Daseinsvorsorge wollen wir?
- Welche Bedeutung hat die Daseinsvorsorge für soziale Kämpfe für „ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit“?

I. Thesen: Bedeutung sozialstaatlicher Daseinsvorsorge für eine demokratisch-sozialistische Strategie

Seit Beginn der verschärften neoliberalen Phase in den 1990er Jahren hat der Sozialstaat selbst verstärkt repressive Funktionen gegen die Mehrheit der Bevölkerung übernommen (z.B. durch das Sanktions-Regime bei Hartz IV). Der Sozialstaat muss so entwickelt und ausgebaut



DL21

#leftlessons

werden, dass diejenigen, die von Erwerbseinkommen und von sozialstaatlichen Leistungen abhängig sind, nicht erpressbar sind, weder von Arbeitgebern noch vom Staat.

Die soziale Daseinsvorsorge soll nicht nur soziale Sicherheit schaffen, sondern auch umfassende persönliche Entfaltung und Teilhabe für eine solidarische Gesellschaft gewährleisten. Bildung, Wissenschaft und Kultur sind wesentliche Elemente einer sozialstaatlichen Tätigkeit und Teilhabemöglichkeit.

John M. Keynes: *„Die wichtigsten Agenda des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungsbereich des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft.“* (John Maynard Keynes: *The End Of Laissez-Faire*; In: Derselbe, *Collected Writings*, Vol. IX, S. 291)

Politische Bildung und demokratische Teilhabemöglichkeiten garantieren, dass Interessen und Belange des Großteils der Bevölkerung gegen die Macht des Kapitals durchgesetzt werden und Solidarität und Gerechtigkeit erfahren werden.

Die Ausweitung der Rechte der Beschäftigten, der Gewerkschaften und insgesamt der sozialen Rechte der Bürger*innen stärken das Selbstbewusstsein der Einzelnen und ihre solidarische Gestaltungsmacht im Konflikt mit den Herrschenden und ihrer Profitökonomie

Je stärker die sozialstaatliche Daseinsvorsorge ist, umso geringer wird die soziale Ungleichheit, die Konzentration von Reichtum und die Ausweitung von Armut und umso geringer wächst das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Macht.

Sozialstaatliche Daseinsfürsorge wird durch Steuern und Beiträge solidarisch finanziert, d.h. die Reichsten beteiligen sich am stärksten. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge verteilt diesen Reichtum an die Bevölkerung um, weil sie ihn durch ihre Arbeit schafft. Damit wird bestehenden Ungleichheits- und Machtverhältnissen entgegengewirkt. Bezieher*innen geringer Einkommen werden dabei finanziell und teilhabe-orientiert besonders unterstützt.

Sozialstaatliche Daseinsvorsorge wirkt gegen die Steigerung von Reichtum/Macht, indem sie wesentliche Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens dem Profitprinzip entzieht (z.B. Bildung, Krankheit, Pflege) sowie vor sogenannten „Lebensrisiken“ schützt (Erwerbslosigkeit, Armut). Was soziale Bedingung der Menschenwürde ist, darf nicht dem Profitprinzip unterworfen sein.

Die Sozialdemokratie tendiert dazu, sich für den Bereich der Daseinsvorsorge eine Eigentumsform zu wünschen, die nicht auf privatem Kapital beruht und auf Profite zielt. In

DL21

#leftlessons

anderen Bereichen der Wirtschaft (besonders Finanzsektor, Industrie) lässt sie kapitalistische Profitmaximierung aber weitgehend gelten. Diese wirkt aber durch seinen Verwertungsdruck schädlich auf den Sozialstaat ein.

Die profitfreie solidarische Daseinsvorsorge drängt im Neoliberalismus hinzugewonnene Kapitalmacht relevant zurück. Sie stärkt damit die Bevölkerung. Aber Karl Marx weist darauf hin, dass der private Besitz von Kapitaleigentum die objektive Grundlage der Anhäufung von Reichtum und Macht ist. *„Die Akkumulation [Anhäufung] von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. aufseiten der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.“*¹ Er schlägt deshalb vor, privates Kapitaleigentum zugunsten von Gemeineigentum abzuschaffen. Nicht nur Vermögen, sondern auch Eigentum muss umverteilt werden.

II. Rückblick: Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie von „sozial“ zu „neoliberal“

Der deutsche Sozialstaat geht darauf zurück, dass sich die revolutionäre Sozialdemokratie im 19. Jh. nicht mit gewaltsamer Repression unterdrücken ließ. Die kämpfenden Arbeiter*innen und ihre Organisationen sollten durch die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung durch soziale Integration an den kapitalistischen Staat gebunden werden. Der Wohlfahrtsstaat ist seitdem fortschreitend (und mit der schwerwiegenden Unterbrechung von 1933-1945) Ausdruck des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit und von Kompromissen.

Oliver Nachtwey²³ charakterisiert zwei Phasen sozialstaatlicher Entwicklung in Westeuropa nach 1945: die „soziale Moderne“ (bis in die 1970er) und die „regressive Modernisierung“. Grundsätzlich kritisiert er an dem von der Sozialdemokratie dem wilhelminischen Staat abgetrotzten Sozialstaatsmodell seinen nie völlig überschrittenen „Paternalismus“. Doch gelte für die „soziale Moderne“: *„Der Sozialstaat war in der sozialen Moderne eine zentrale Instanz des sozialen Fortschritts. Die Arbeitnehmer konnten ihr Sozialeigentum und ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum sichtbar vergrößern, die Sozial- und Gesundheitspolitik wurde ausgeweitet. Es gab zwar auch weiterhin Arme und eine Unterschicht, aber Ausmaß und Charakter des Mangels hatten sich verändert: Absolute und relative Armut nahmen ab, der*

¹ Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in MEW, Bd. 23, 19. Aufl. Berlin (Ost) 1973, S. 675.

² Oliver Nachtwey (1975) ist Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel.

³ Oliver Nachtwey: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016.

DL21

#leftlessons

krasse Pauperismus der Arbeiterschichten gehörte der Vergangenheit an. Soziale Bedürftigkeit war zu dieser Zeit vor allem jenseits der Erwerbsarbeit anzutreffen. Gerade das ändert sich nun in der Abstiegs-gesellschaft.“ (S. 20)

Hingegen die „regressive Modernisierung“: „Im neu gestalte Sozialstaat sollte das paternalistische Fürsorgeprinzip modernisiert werden, indem man vermeintlich befreiende Grundsätze der Befähigung und Teilhabe einführte. >Fordern und Fördern< sowie >Aktivierung< waren die Leitbegriffe der Sozialstaatsreformen. (...) Die Beziehher von Sozialleistungen waren nicht länger Bürger mit verbrieften sozialen Rechten, sondern wurden zu Subalternen, zu Bürgern von niedrigem Rang, mit denen der Staat Verträge abschloss, um sie zu disziplinieren und zu motivieren. (...) Nun sollte jeder individuell eigenverantwortlich handeln. Eigenverantwortung war nicht länger ein Begriff für den Anspruch auf ein selbstverantwortetes Leben, sondern wurde vornehmlich zu einer Vokabel sozialer Disziplinierung.“ (S.97)

„Der Marktbürger bzw. die Marktbürgerin ist eine neue Sozialfigur mit spezifischen Rechten: politische Gleichheit, Verbraucherschutz, Eigentumsrechte, Schutz vor Diskriminierung. Am Ende sind die Marktbürgerschaftsrechte jedoch nicht vielmehr als eine individuelle Rechtsgleichheit der Konsumenten, eine Rechtsgleichheit, die bezüglich der Verteilung der Marktergebnisse verstärkte Ungleichheiten nach sich zieht.“ (S.116)

III. Die programmatischen Anpassungen der Sozialdemokratie an die Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie als Partei der sogenannte „Neuen Mitte“

Die Anpassung der Sozialdemokratie an die Marktideologie der Neoliberalen war keineswegs zwangsläufig und vorprogrammiert; sie vollzog sich in mehreren Schritten. Entscheidende programmatische Änderungen sind hier nachvollziehbar gemacht:

Berliner Programm der SPD von 1987, S. 34: *„Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes überträgt dem Staat soziale Verantwortung und die Pflicht zu sozialer Gerechtigkeit. Die tragenden Säulen des Sozialstaats sind staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer.*

DL21

#leftlessons

Es berührt Menschen in ihrer Würde, ob sie Sozialleistungen aufgrund von Rechtsansprüchen oder als wohlthätige Zuwendungen erhalten, ob sie im Arbeitsverhältnis der Willkür des Arbeitgebers unterworfen sind oder, genau wie die Unternehmer, gesetzliche Rechte und Pflichten wahrnehmen. Wer soziale Hilfe in Anspruch nimmt, darf nicht diskriminiert werden. Soziale Sicherung muß verlässlich sein. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind so aufeinander abzustimmen, daß die Gesamtpolitik am Sozialstaatsgebot orientiert ist.“

Schröder-Blair-Papier, 1999: *„Die meisten Menschen teilen ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein. Die Sozialdemokraten müssen die Sprache dieser Menschen sprechen. (...) Modernisierung der Politik bedeutet nicht, auf Meinungsumfragen zu reagieren, sondern es bedeutet, sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen. (...) Wir wollen eine Gesellschaft, die erfolgreiche Unternehmer ebenso positiv bestätigt wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler und die Kreativität in allen Lebensbereichen zu schätzen weiß. (...) Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“⁴*

Hamburger Programm der SPD, 2007, S. 32: *„Soziale Sicherheit ist keine Ware, sondern die Aufgabe eines Staates, der auf die Würde des Menschen verpflichtet ist. Der Staat ist dazu da, Recht und damit verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen. Eine lückenlose Verrechtlichung aller Lebenssituationen führt aber nicht zu mehr Gerechtigkeit. Deregulierung ist immer wieder nötig, wo veraltete Regeln zu Fesseln werden. Deregulierung als Prinzip allerdings widerspricht dem Zweck eines jeden Staates.“*

Diese paradigmatische Wende folgt, so Christoph Butterwege, einer „US-Amerikanisierung der Gesellschaft“ mit dem „Neoliberalismus als Leitmotiv“. In seinem Buch, die „Zerrissene Republik“⁵ gibt er eine vollständige Übersicht über die Maßnahmen dieser Kommodifizierung (also Vermarktlichung) aller gesellschaftlichen Lebensbereiche. Dort heißt es: *„Neoliberale halten die Erhebung von Kapital-, Ertrags- und Gewinnsteuern im Grunde für staatlichen Diebstahl und die öffentliche Daseinsvorsorge für ein illegitimes Betätigungsfeld des Staates.“* (S. 268) In dieser Vorstellungswelt gehe es darum, dass alles der Profitsteigerung in der globalen Konkurrenz der „Standorte“ unterzuordnen sei. Die Globalisierung werde als weltweites Umverteilungsprojekt gedeutet, in dem soziale Ungleichheit ein Motor und Motivator zur Leistungssteigerung sein soll und deshalb alles in Marktsysteme überführt werden sollte. Denn Märkte fungierten als „Katalysatoren“ der sozialen Ungleichheit und gerade die Finanzmärkte sind daher ein „Ort der Realisierung von ungeheurem Reichtum“. In

⁴ Gerhard Schröder und Tony Blair: Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten. Veröffentlicht am 8. Juni 1999; nachzulesen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1999.

⁵ Christoph Butterwegge: Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Weinheim 2020.

DL21

#leftlessons

diesem Zusammenhang hat die (Teil-)Privatisierung der sozialen Daseinsvorsorge den Charakter einer Anschlagfinanzierung für Spekulanten auf deregulierten Finanzmärkten (s. Rente!).

In der Großen Koalition wurde und wird die neoliberale, menschenfeindliche Position von Politiker*innen wie Wolfgang Schäuble autoritär vertreten: *"Wir müssen die Balance zwischen Fordern und Fördern richtig einhalten. Denn wenn wir überfordern, zerstören wir die Motivation der Menschen (...) und machen sie unglücklicher"*, sagte er beim Neujahrsempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Januar 2020⁶.

IV. Unser Ziel eines wirtschaftlichen Rahmens für die „Finanzierbarkeit“ einer solidarischen Daseinsfürsorge auf der Grundlage des Demokratischen Sozialismus

Der gerechte und notwendige Maßstab für das Volumen der sozialen Daseinsvorsorge ist nicht die „**Wettbewerbsfähigkeit**“ im Sinne maximaler Profitrealisierung, in der der Rest von Sozialstaat nur noch die Funktion hat a) gut ausbeutbare Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen und gegebenenfalls zur Arbeit zu nötigen und b) die schlimmsten Härten abzufangen, damit es nicht zu Aufständen kommt. Es ist auch nicht die sogenannte „**Leistungsgerechtigkeit**“ im Sinne der sozialdemokratischen „Neuen Mitte“. Es geht vielmehr um „**Bedarfsgerechtigkeit**“⁷. Die Sozialdemokratie spricht in dem Zusammenhang meist von **Verteilungsgerechtigkeit**.

Butterwegge nennt dazu mit Berufung auf den dänischen Sozialwissenschaftler Gøsta Esping-Andresen drei Maßstäbe für Wohlfahrtsstaatlichkeit: „Dekommodifizierung“ als „Befreiung der Menschen von der Notwendigkeit, ihr Auskommen durch Erwerbsarbeit zu verdienen“. Es handele sich um „die Bereitstellung von alternativen, d.h. nichtmarktförmigen Mitteln der Wohlfahrtsproduktion.“ Zweitens gehe es nicht nur um eine Korrektur gesellschaftlicher Ungleichheiten, sondern um ein „eigenständiges System der Stratifizierung“, womit gemeint ist, dass in sozial egalisierender Weise auf die Schichtung der Gesellschaft Einfluss genommen wird. Drittens werde das Verhältnis von Markt, Staat und Familie in Richtung auf die Vermeidung von Armut geordnet. Da öffentliche und persönliche Armut als Pendant von

⁶ <https://www.mit-bund.de/content/wolfgang-schaeuble-beim-neujahrsempfang-der-mit-hamburg>

⁷ Butterwegge, Die Zerrissene Republik, (a.a.O), S. 262.

DL21

#leftlessons

privatem Reichtum aufgefasst wird, geht es auch um die Vermeidung von privatem Reichtum. (a.a.O. S. 264 f)

Ein zweiter, davon nicht völlig unterschiedener Maßstab für die Gerechtigkeit eines Sozialsystems ist seine **Orientierung an der realen Produktivkraftentwicklung⁸ bzw. am „sozialen Wachstum“⁹ unserer Gesellschaft – also am gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum.** Daraus ist auch das Fortschrittsgebot des UN-Sozialpakts abgeleitet. Kriterium für ein Sozialsystem sollte damit die tatsächliche **ökonomische Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft** sein, nicht die Sicherung von (maximalen) Profiten in der Standortkonkurrenz.

Dieser Maßstab liegt besonders **konträr zum Maßstab der Demografie.** Dies ist insbesondere in Hinblick auf die zahlreichen, mit der angeblichen Überalterung der Gesellschaft begründeten Kürzungen von Sozialleistungen, aber auch in Hinblick auf die Privatisierung der Daseinsvorsorge und dabei besonders für die Rentenversicherung entscheidend. **Wenn zwischen „alt und jung“ umverteilt werden soll, dann soll nicht mehr zwischen „reich und arm“ umverteilt werden.**

Eine Kritik dieser Demografisierung legt Gerd Bosbach vor: *„Warum z.B. haben die Menschen in Deutschland um 1900, als der Anteil der Jungen so viel höher war, nicht besser gelebt als heute? Und warum sind „alte“ Staaten wie Japan, Deutschland, Österreich, die Niederlande, die Schweiz oder die skandinavischen Länder deutlich bessergestellt als „junge“ Länder wie Bangladesch, Nigeria, Kamerun, Bolivien oder die Philippinen?“ (...)* *„Die angstmachende Demografie-Berechnung für die Zukunft in Deutschland gehen immer von sinkenden Bevölkerungszahlen aus, (...). Gleichzeitig prognostizieren alle Wirtschaftsexperten ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt. (...) Ein größerer Kuchen für weniger Esser gibt größere Stücke für jeden, wenn nicht vorher aus dem Kuchen ein immer größeres Stück herausgeschnitten wird. Das ist dann aber Umverteilung und keine Folge der demografischen Entwicklung (...) Die Rechnung geht bei einem sogenannten Nullwachstum immer noch auf. Ein gleich großer Kuchen bei weniger Essern gibt bei gerechter Aufteilung mehr für alle.“¹⁰ (S.38)*

⁸ Christian Christen: Politische Ökonomie der Alterssicherung, Kritik der Reformdebatte um Generationengerechtigkeit, Demografie und kapitalgedeckte Finanzierung, 2. Aufl. Marburg 2013.

⁹ Michael Daurer: Deutschlands unabsichtliches soziales Wachstum, in: Moderner und solidarischer Wohlfahrtsstaat, spw Heft 231, 2/2019, S. 40- 46.

¹⁰ Gerd Bosbach: Die Demografiekeule – ein neoliberaler Mythos; in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges, Bettina Lösch (Hg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standardnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim 2018, S. 29 – 39.



DL21

#leftlessons

Michael Klundt¹¹ betont, dass der Verweis auf den „demographischen Faktor“ demagogische Qualität hat, weil er einen sozialen Verteilungskonflikt zu einem biologischen Konflikt umdeutet: *„Tagtäglich wird verbreitet, dass „die Alten“ auf Kosten „der Jungen“ leben würden, und die Privatisierung der Sozialversicherungen wird gefordert, um angeblich der demografischen Problematik sowie den jungen und zukünftigen Generationen gerecht zu werden. Dadurch wird gar nicht erst in Erwägung gezogen, dass die Einbeziehung bisher nicht beitragspflichtiger Gruppen (z.B. von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten) in die Gesetzliche Rentenversicherung genauso möglich wäre wie eine Erhöhung des Bundeszuschusses für die Rentenkassen oder eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung, welche einer gesellschaftlichen Verteilungsfrage entspringt und nicht biologischen Vorgaben.“* (S 23) Klundt u.a. arbeiten damit heraus, wie die Biologisierung (und auch Ethnisierung, Kulturalisierung und Ökonomisierung des sozialen Verteilungs- und Machtkonflikts diskursiv den Nährboden für die extreme Rechte schafft.

Weiterführendes zur nötigen Entwicklung der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge im spw-Heft 231, 2/2019 mit dem Schwerpunkt „Moderner und solidarischer Wohlfahrtsstaat“.

¹¹ Michael Klundt: Dethematisierung sozialer Fragen in Ungleichheitsdebatten und demografisierten Sachzwang-Diskussionen, in: ebd., S.17 – 28.